

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

20.5.1931 (No. 116)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Str. 903
und 954
Wohlfeldfoto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. N. D.,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Zustellgebühr: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die Abrüstungsfrage im Völkerbundsrat

Der deutsche Vorschlag auf Offenlegung
Br. Genf, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Heute früh 9 Uhr fand eine einkündige Unterredung zwischen Curtius und Briand statt, über deren Inhalt aber nichts bekannt geworden ist, da beide Außenminister sich sofort in die Ratstagung begeben mußten, auf der die Abrüstungsfrage und der deutsche Antrag, durch Beantwortung von Fragebogen eine genaue Übersicht über den Stand der Rüstungen und damit die Möglichkeit der Nachprüfung zu geben, zur Debatte stand. Dieser Antrag ist seinerzeit bereits von Graf Bernstorff auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz gestellt und angenommen worden, allerdings mit dem Zusatz, daß die letzte Entscheidung bei dem Völkerbundsrat liege. Der Völkerbundsrat hat im Januar eine Entschließung gefaßt, in der er das empfiel und den Generalsekretär des Völkerbunds beauftragte, die Fragebogen zu versenden. Die Ausprägung wird aber heute nicht zu Ende geführt. Zur Sache selbst haben heute Briand, Henderson, Grandi und Curtius gesprochen, wobei der letztere den deutschen Antrag begründet hat:

Wenn der Rat im Januar dieses Jahres beschlossen hat, die Rüstungen zur Mitteilung des Standes ihrer Rüstungen aufzufordern, hat sich der deutschen Regierung die Überzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Angabe des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich ist, weil sonst ein sachgemäßer Überblick nicht zu gewinnen war. Nach der Meinung der deutschen Regierung müssen alle wesentlichen Rüstungsfaktoren darin enthalten sein, wenn der Zweck des Ratbeschlusses vom Januar d. J. erreicht werden soll. Die Konferenz muß, einzeln, wie sie sich bei ihren Beratungen zu dem kritischen Abkommensentwurf stellt, jedenfalls bei ihrem Zusammenritt ein völlig umfassendes und genaues Bild des vorhandenen Rüstungsstandes haben.

Ich kann es mir nicht vorstellen, wie sie sich ein sachgemäßes Urteil über die notwendige Herabsetzung des Kriegsmaterials der einzelnen Staaten bilden kann, wenn sie über die vorhandenen Bestände, sei es die im Dienst befindlichen, sei es die lagernden, keine Angaben besitzt, ebenso wenig wie ich glaube, daß die Wehrkraft die in den Mannschafsbeständen der einzelnen Armeen verkörpert ist, sachgemäß geschätzt werden kann, ohne Berücksichtigung der ausgebildeten Reserven.

Die englische Regierung ist auf Grund ähnlicher Erwägungen, wie sie die deutsche Regierung angestellt hat, auch ihrerseits dazu gekommen, ein einheitliches Schema für die Angaben der einzelnen Staaten einzurichten. Leider entspricht dies jedoch nach meiner Auffassung den Erfordernissen der vollständigen Offenlegung der Rüstungen nicht, weil es so wichtige Elemente, wie die eben erwähnten, unberücksichtigt läßt. Ich glaube daher, daß der deutsche Vorschlag der bessere ist und würde es sehr begrüßen, wenn der Rat ihm den Vorzug geben würde.

Henderson begründet den englischen Antrag. Während des langwierig arbeitenden Vorbereitungsanschlusses habe man sich auf gewisse Tabellen geeinigt, deren Verwertung die britische Regierung nunmehr vorschlägt, da mit neuen grundsätzlichen Erweiterungen begonnen werden müsse. Die deutschen Vorschläge seien mit großer Sorgfalt und Gründlichkeit ausgearbeitet und könnten geradezu als ideal betrachtet werden. Aber darin liege vielleicht ihr Fehler vom Standpunkte der praktischen Arbeit, da die Mehrheit dagegen sei.

Briand wies auf die Schwierigkeiten hin, die überwunden werden müßten, damit im Vorbereitenden Ausschuss eine Einigung zustande käme. Manche Punkte in den deutschen Vorschlägen ständen im Widerspruch zu den grundsätzlichen Fragen, die im Vorbereitenden Ausschuss gelöst worden seien, so daß die französische Regierung zu ihrem Bedauern diese Vorschläge nicht annehmen könne. Es dürfe jetzt nichts unternommen werden, was neue Schwierigkeiten und neue Verwicklungen schaffen müßte. Man dürfe nicht, um Besseres zu leisten, das bereits Gelernte verschlechtern.

Der italienische Außenminister Grandi erkannte die Vorzüge der deutschen Vorschläge an und kritisierte die englischen Vorschläge als unvollständig und ungenügend. Aber im Augenblick sei über nichts Besseres eine allgemeine Einigung zu erzielen, deshalb erkenne die italienische Regierung die englischen Vorschläge als Grundlage für einen vorbereitenden Meinungsaustausch über die Abrüstung an.

Es wurde nach längerer Aussprache beschlossen, am Freitag auf Grund eines bis dahin ausgearbeiteten Vorschlages eine Entscheidung zwischen den beiden Vorschlägen, dem deutschen und dem englischen, zu treffen.

Henderson Vorsitzender der Abrüstungskonferenz

Der Völkerbundsrat hat am Dienstag in geheimer Sitzung dem britischen Außenminister Henderson die Übernahme des Vorsitzes auf der Abrüstungskonferenz angetragen. Henderson hat sich zur Übernahme des Vorsitzes bereit erklärt.

Br. Genf, 20. Mai. Der Völkerbundsrat hat in einer nichtöffentlichen Sitzung heute mittag beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden wird.

Kommunistisches Waffenlager in München. Vor einigen Tagen wurde in München ein kommunistisches Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt. Festgenommen wurden 8 Personen, gegen weitere 5 Kommunisten liegt Haftbefehl vor.

Letzte Nachrichten

Die neue Zuspißung der Finanzlage Finanzministerkonferenz in Berlin

Br. Berlin, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Im preussischen Finanzministerium sind heute vormittag die Finanzminister der Länder zusammgetreten. An der Besprechung nehmen teil die Vertreter von Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen und Hessen. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Dr. Höpker-Ashoff tagt, dient einer allgemeinen Aussprache über die Finanzlage. Besondere Beschlüsse sind nicht zu erwarten.

Die „D. Z.“ behauptet, daß auf der Länderkonferenz eine ziemlich erregte Stimmung herrsche; man spreche bereits von einer offenen Krise, wegen der bayerischen Stellungnahme beim Steuervereinhilfengesetz. Von anderer Seite wird dazu erklärt, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und München nicht abgebrochen seien, auch vorläufig nicht den Eindruck eines bevorstehenden Bruchs machen. Man glaube vielmehr eher, daß eine Einigung auch in dieser Frage erzielt werden wird.

Wiederauflösung des Bullerjahn-Prozesses Haftentlassung abgelehnt

Br. Berlin, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat — wie die „D. Z.“ berichtet — den Antrag auf Wiederaufnahme des wegen angeblichen Landesverrats zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilten Oberlagerverwalters Walter Bullerjahn für zulässig erklärt. Der Strafsenat hat angeordnet, daß der frühere Generaldirektor v. Gontard von den Berlin-Karlsruher Industriemessen im Wiedererhebungsverfahren als Zeuge vernommen wird. Diese Vernennung findet durch den vom Strafsenat dazu beauftragten Richter, Reichsgerichtsrat Goeder, statt. Die Entscheidung über weitere Beweisverhandlungen im Wiedererhebungsverfahren hat sich der Senat vorbehalten. Gleichzeitig hat der Senat die Haftentlassung Bullerjahns, der jetzt das 7. Jahr seiner Zuchthausstrafe verbüßt, abgelehnt.

Der Beschluß des Reichsgerichts hat zunächst nur rein formelle Bedeutung. Es steht zur Zeit nach keineswegs endgültig fest, ob das Wiedererhebungsverfahren durchgeführt wird. Hierüber wird der erkennende 4. Strafsenat erst nach der Beweisvernehmung sich schlüssig werden.

Weitere Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet

Br. Saarbrücken, 20. Mai. (Tel.) Wie die „Saarb. Ztg.“ erfahren haben will, beabsichtigt die Bergbauverwaltung des Saargebietes in diesen Tagen erneut, 6000 Bergarbeiter, größtenteils Saargänger, aus den ländlichen Grenzgebieten, zu entlassen.

Ausfahrungen vor dem Sowjetkonsulat in Lemberg

Br. Warschau, 20. Mai. (Tel.) In Lemberg kam es gestern zu Anmahlungen von Erwerbslosen vor dem Sowjetkonsulat, weil das Gericht ausgepfändert worden war, daß man dort Handgeld erhalten könne, wenn man sich zu Arbeiten in Sowjetrußland verpflichte. Tatsächlich sollen auch Arbeitslose von Beamten des Konsulats registriert worden sein und Vorstoß bekommen haben. Die Anmahlungen vor dem Konsulat wurden immer größer und bald kam es auch zu Ausschreitungen. Polizei eilte herbei, um die Arbeiter auseinanderzutreiben. Die polnische Presse behauptet, daß Beamte des Konsulats mehrfach von den Fenstern aus photographische Aufnahmen der Ausschreitungen gemacht hätten.

Regierungskrise in Oesterreich

Um die Gehaltsfürzungen

Die Regierung Ender kämpft mit großen innerpolitischen Schwierigkeiten. Die Vorschläge, die Finanzminister Dr. Jusch für die Sicherung des laufenden Budgets erbatte, vornehmlich Reform der Arbeitslosenversicherung und Besoldungssteuer auf alle Festangestellten, sowie Kürzung der Sonderzulagen bei den staatlichen Beamten stießen auf größten Widerstand bei den Großdeutschen, deren Wähler sich vornehmlich aus Beamten zusammensetzen. Diese Partei lehnte die geplanten Maßnahmen ab und verlangte ein positives Eingehen auf ihre Vorschläge. Das bedeutet eine Regierungskrise, da dem Kabinett der großdeutsche Abgeordnete Schürff als Justizminister angehört. Die Entscheidung soll bis zur Rückkehr Dr. Schobers aus Genf hinausgezogen werden.

Die Regierung hat ein für die Selbstschutverbände und ähnliche Organisationen im ganzen Bundesgebiet ab 31. Mai bis auf weiteres geltendes allgemeines Aufmarschverbot erlassen.

Br. Genf, 20. Mai. (Tel.) Über die innerpolitischen Vorgänge in Oesterreich verläutet aus bestunterrichteter Quelle, daß der Ministerrat heute vormittag die Vertagung der innerpolitischen Entscheidung bis zur Rückkehr Schobers auf die kommende Woche verschoben hat.

Erdbeben in Lissabon

Br. Lissabon, 20. Mai. (Tel.) Heute früh um 3.55 Uhr sind hier zwei starke Erdstöße verspürt worden. Mehrere Gebäude stürzten zusammen, ein größerer Sachschaden ist aber nicht entstanden. Auch in anderen Teilen des Landes, insbesondere in Porto und in Coimbra sowie auf der Insel Madeira, war das Beben zu verspüren.

Der Haag hat nun das Wort

Die Schlußdebatte um die Zollunion

Die Debatte im Völkerbundsrat über das deutsch-österreichische Zollprojekt endete am Dienstag, wie gemeldet, mit der Annahme der Überweisung des englischen Antrages an den Haager Gerichtshof.

Dr. Curtius hat den unerrückbaren Standpunkt der deutschen und österreichischen Regierung noch einmal zum Ausdruck gebracht. Deutschland und Österreich haben an ihrem Standpunkt trotz des starken Drucks, der auf Österreich hier ausgeübt worden ist, festgehalten. Die Ratsmächte können sich nach den Ausführungen des deutschen Vertreters nicht im Unklaren sein, daß, wenn das Gutachten des Haager Gerichtshofes zu dem Ergebnis kommt, daß Österreich gegen seine internationalen Verpflichtungen nicht verstoßen hat, Deutschland eine weitere Prüfung der Angelegenheit über die juristische Seite hinaus, nach der politischen Seite hin, durch den Völkerbundsrat nicht zulassen wird.

Andererseits wird darauf hingewiesen, daß Deutschland und Österreich in Genf völlig isoliert waren. Die beiden Außenminister mußten, um ihr gutes „Recht“ juristisch zu beweisen, immer wieder betonen, sie hätten nie daran gedacht, die Unabhängigkeit Österreichs anzutasten. Deutschland und Österreich waren also gezwungen, ein unfreiwilliges Bekenntnis gerade zu einem der ungerechtesten Artikel der Friedensverträge abzulegen. Zunächst hat Briand einen Aufschub der Zollunion erreicht und alles getan, um seine weiteren Angriffe politisch vorzubereiten.

Nach den Angriffen des südslawischen Außenministers Marinkowitsch auf die Zollunion erklärte Briand: Der Ausgangspunkt der Genfer Erörterung über die deutsch-österreichische Zollunion sei auf Grund des Antrages von Henderson die Rechtsfrage. Aber darüber hinaus müsse daran festgehalten werden, daß jedes Völkerbundsmitglied das Recht habe, eine Angelegenheit, die den Frieden der Welt oder das gute Einvernehmen störe, vor den Rat zu bringen. Dieses Recht werde gemäß nicht leichtfertig ausgeübt werden. Es liege darin für ein großes Volk nichts Demütigendes, wenn es nur den aufrichtigen Willen zur Zusammenarbeit und die feste Absicht habe, nichts zu tun, was den Frieden der Welt stören könnte.

Dr. Curtius erklärte auf die Ausführungen Briands, er habe seinen eigenen politischen Darlegungen nichts hinzuzufügen, wolle aber auf die von Briand erwähnten historischen Parallelen eingehen. In die Auseinandersetzung, die im weiteren Verlauf einen immer stärkeren theoretischen und historischen Charakter annahm, griff zunächst Henderson mit dem von der Versammlung mit großer Begeisterung aufgenommenen Vorschlag ein, der Haager Gerichtshof möge nun gleichfalls auch entscheiden, welche Auffassung der Historiker über den französisch-belgischen Zollunionsplan die genau richtige sei.

„Echo de Paris“ und die Rede Marinkowitsch

Br. Paris, 20. Mai. (Tel.) Während Sauerwein im „Matin“ sich bemüht, nachzuweisen, daß die Erkenntnis der Bedeutung und der Vorgänge des französischen Wirtschaftsplanes sich in Genf allgemein durchgesetzt haben, glaubt das „Echo de Paris“ warnend auf die Rede des südslawischen Außenministers hinweisen zu müssen. Marinkowitsch sei keineswegs bereit, das Vorzugszollregime, das die Industriestaaten den Agrarstaaten gewähren sollen, durch ein Vorzugsregime zugunsten der Produkte der Industriestaaten zu bezahlen. Auf diese Weise sei die Zusammenarbeit Frankreichs und der Kleinen Entente in diesem so kritischen Augenblick vor aller Augen in Frage gestellt. Die Staaten der Kleinen Entente seien mit der von Briand in Genf betriebenen Wirtschaftspolitik unzufrieden, denn diese Politik habe ihnen seit 1927 nur Enttäuschungen, aber keine Hilfe gebracht. Sie wollten bestimmte Sonderabkommen, wenn sie sie nicht bei ihren Ministern fänden, dann würden sie sie anderswo suchen.

Der polnische Bericht über die Minderheiten

Der Bericht der polnischen Regierung über ihre Maßnahmen gegenüber den übergriffen, denen die deutsche Minderheit in Polen im Herbst 1930 ausgesetzt gewesen ist, wurde am Dienstag den Ratsmächten übermittelt. Statt vor Beginn der Ratstagung, steht dieser Bericht erst gestern zur Verfügung. Die Verzögerung der Übergabe hat in Genf besonders deshalb sehr befremdend gewirkt, weil der Völkerbundsrat im Januar ausdrücklich die Erwartung ausgesprochen hat, daß die polnische Regierung rechtzeitig vor der Mattagung die notwendigen Aufklärungen über die Erfüllung der Polen im Januar erteilten Auflagen geben werde.

Die Mitteilungen der Denkschrift über die von der polnischen Regierung getroffenen Maßnahmen, insbesondere soweit es das Verhältnis zwischen Behörden und Aufständischenverbänden betrifft, erwecken den Eindruck, daß es sich wesentlich um Zweckmäßigkeitsmaßnahmen für den Augenblick handelt. Besonders gravierend ist die Tatsache, daß die Denkschrift über die eindeutigen Forderungen des Rats bezüglich der „unmittelbaren Verantwortlichkeiten“ hinweggeht. In dem Bericht der Januartagung des Rates heißt es ausdrücklich, „es ist notwendig, daß die polnische Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreift, welche zwischen den Behörden und derartigen Verbindungen (Aufständischenverbände) bestehen sollen“. Statt dessen beschränkt sich die polnische Denkschrift lediglich darauf, daß die polnische Regierung alles getan hätte, um zur Beruhigung der Gemüter beizutragen. Das ganze Kapitel über diese Forderung ist in der Denkschrift nur eine ganze Schreibmaschinzeile lang.

Die Wirtschaftskrise im Europa-Ausschuss

Der Europa-Ausschuss beschloß am Dienstagabend in Genf seine Aussprache mit der Annahme eines Antrages, wonach ein Unterausschuss eingesetzt werden soll, der praktische Vorschläge vorbereiten soll.

In einer Rede führte Genderson aus, es treffe nicht zu, daß Kriegspläne gegen die Sowjetunion beständen. Die verschiedenen Erscheinungen und Ursachen der Krise seien nicht durch regionale Aktionen zu bekämpfen. Die hohen Zolltarife und die Zahlung der Reparationen in Gold bedeuten eine Unterhöhlung der Grundlagen des europäischen Wirtschaftssystems. Vorher hatte der dänische Außenminister, Mundt, die Stellung seines Landes als eines ausgesprochenen Agrarstaates präzisiert. Er unterstützte den Vorschlag, die Genfer Handelskonvention alsbald in Kraft zu setzen. Der polnische Außenminister Galeski kritisierte mit den bekannten wirtschaftlichen Argumenten die deutsch-österreichische Zollunion.

Der tschechoslowakische Außenminister Benesch sprach sich in längeren Ausführungen für eine möglichst liberale Handelspolitik aus. Er kündigte an, daß die Tschechoslowakei das Genfer Handelsabkommen demnächst ratifizieren werde. Für die rumänische Regierung sprach Titulescu sich für den französischen Antrag aus. Der jugoslawische Vertreter wandte sich gegen eine Stabilisierung der jetzigen Zollsysteme.

Die nächste Sitzung des Europa-Ausschusses findet heute, Mittwoch, nachmittags statt und wird der vom Unterausschuss nicht zu behandelnden Frage der landwirtschaftlichen Kreditgewährung gewidmet sein.

Fr. Genf, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Für den Unterausschuss der Europa-Konferenz, der alle Anträge und Anregungen bis Freitag zusammenfassen soll, um die große Weltwirtschaftskonferenz im Spätsommer vorzubereiten, ist deutscherseits als Vertreter Ministerialdirektor Ritter ernannt worden.

Der Preussische Staatsrat stimmte am heutigen Mittwoch nach längerer Debatte dem Staatsverträge mit den evangelischen Kirchen zu. Der Vertrag wurde angenommen gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Teiles der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Rechtsparteien.

Kleine Chronik

Bei einem Autounfall in dem Dorfe Oberföllbach bei Aöburg wurden 2 Personen getötet und 3 Personen verletzt.

Der frühere Inhaber der vor einiger Zeit aufgelösten Berliner Konfektionsfirma R. Mannheimer, Adolf Mannheimer, hat sich Dienstag mittag im Büro des früheren Geschäftshauses in der Jägerstraße wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten erschossen. Mannheimer hatte seinen Wohnsitz zuletzt in Magdeburg.

Das Nagaer Bezirksgericht hat gestern die Ehe des Prof. Max Reinhardt mit der Schauspielerin Elsa Feims geschieden. Die Scheidungsklage war von Prof. Reinhardt mit der Begründung eingebracht worden, daß er seit über 10 Jahren von seiner Frau getrennt lebe. Elsa Feims war der nach Berlin gesandten Vorladung nicht gefolgt.

Im Bezirk Lütlich sind nun zwei Fabriken geschlossen worden, weil sich im Maas-Tale giftige Gase bemerkbar machten.

Zwei Flugzeuge der englischen Luftstreitkräfte sind Dienstag mittag bei Übungen über dem Moray Firth zusammengestoßen. Die Apparate stürzten ab und die beiden Piloten wurden auf der Stelle getötet, wodurch sich die Zahl der Verluste der englischen Luftstreitkräfte in diesem Jahre auf 46 erhöhte.

In Gull (England) ging heute, Mittwoch am frühen Morgen ein Wohnhaus in Flammen auf, sechs Personen sind tot, darunter drei Kinder und beide Eltern; vier Personen, die als Untermieter im Hause wohnten, liegen mit schweren Brandwunden im Krankenhaus.

Beim Passieren eines schrankenlosen Bahnüberganges bei Kairo, wurde Dienstagabend ein Personenkraftwagen von einem Schnellzuge erfasst und zertrümmert. Acht von seinen zehn Insassen kamen dabei ums Leben, zwei sind schwer verletzt.

Badisches Landestheater

Ein altes „Gluck“-Ballett in Neubearbeitung

Zu Anton Rudolphs Wiederentdeckung von dessen „Don Juan“ Anton Rudolph, längst bekannt durch seine Mozart-Bearbeitungen, hat sich neuerdings die Wiederbelebung eines Wertes von dessen großem Vorgänger Ch. W. Gluck zur Aufgabe gestellt. Nun zählt dieser „Don Juan“ allerdings nicht einmal zu den musikalischen Nitters Höchstleistungen aus seiner Wiener Singspielzeit (1754-64), er fällt sogar noch vor jene berühmte Londoner Reise, die infolge der Bekanntheit mit Handel so ungemein wichtig wurde und Glucks Schaffensdrang sich erst zu vollen, im „Orpheus“ des Jahres 1762 dann dokumentierten Reifezeit reifen ließ.

Immerhin war aber dies pantomimische Ballett unter den wenigen Schöpfungen, die Gluck für die besondere Gattung schrieb, schon ein genialer Wurf, und umso bedeutender überdies, weil der Text von dem damals angesehensten Erneuerer der Tanzkunst, von Angiolino stammte. Heute dünkt uns freilich allein noch die musikalische Substanz wichtig, wie ja auch von Anfang an die stoffliche Behandlung einen Dauererfolg in Frage stellte. Denn darauf mochte es wohl in allererster Linie zurückzuführen sein, daß das Theater-Schicksal bis zu unseren Tagen sich einem Wert nicht hold zeigte, das trotz verschiedenster Bearbeitungen sich eben auf keiner Bühne halten konnte.

Wir wollen ehrlich sein: Auch der jüngste, nun gerade nach 170 Jahren unternommene Versuch Rudolphs wird an dem vom Unglück verfolgten Mimodrama nicht viel zu ändern vermögen, wenn schon man jetzt wenigstens zugeben muß, daß sich das choreographische Gegenstück zu Mozarts gleichnamigem Musikdrama in weit würdevollerer Gestalt und ziemlich selbständig darbietet. Zwar ist natürlich im primitiven Grundzug der Handlungsablauf derselbe, und es ist sogar Rudolphs spezielles Verdienst, daß er alle finnenstellende Verzerrungen, die der Stoff besonders von seinen früheren italienischen Bearbeitern erdulden mußte, möglichst eliminiert und wieder auf das alte Original des Spaniers Gabriel Felleg (Tirso de Molina) zurückgegriffen hat. Damit ist fraglos die Motivierung theatralisch wirksamer und echter geworden, obwohl sie sich, hier auf die einfache Wertewechselung eines Mantels zuguterleht begründet, doch noch wunderbarlich genug ausnimmt und mehr denn je Mozart Recht gibt, der die Verwertung dieses Motives glatt ablehnte. Wir haben es indessen mit einer Pantomime zu tun, und eine solche bedarf, wir wollen das nicht verbergen, zunächst des visuellen Eindrucks, genau wie Glucks Musik sich bedenkenlos mit dem barocken Stilmuster begnügt, ohne in besondere Tiefe zu dringen.

Deshalb ist es aber eigentlich nicht verständlich, warum der Versuch zur Rettung dieses „Don Juan“ nicht den einzigen Weg, der vielleicht doch eine dauernde Renaissance hätte herbeiführen können, vernünftigerweise beschritten hat. Dafür war jedoch vor allem kein schwankefender, zwischen allen Zeiten stehender Dekorationsstil Voraussetzung, es hätte auch, wenn es schon um Glucks Partitur ging, kaum eine Kostümierung

Der Stapellauf der „Deutschland“

Der deutsche Lebenswille

Beim Stapellauf des neuen deutschen Panzerschiffes „Deutschland“ hielt, wie gemeldet, Reichstanzler Brüning die Taufrede. Er betonte das elementare Recht der Selbstverteidigung des deutschen Volkes und seinen festen Willen, alles zu tun, um seine Ehre und seine Sicherheit zu wahren, und streckte denen die Hand entgegen, die uns gleiches Recht zugestehen wollen wie sich selbst und keine Völker zweierlei Rechts und zweierlei Sicherheit kennen.

Die Ursache des vorzeitigen Stapellaufs während der Rede liegt darin, daß man die Stoppkette zu stark gelockert hatte.

Nach dem Stapellauf fand im Westkafino ein Essen statt, an dem Reichspräsident von Hindenburg teilnahm. Im Verlauf des Essens hielt Reichswehrminister Gröner eine Rede, in der er u. a. sagte: Ein arbeitsames, tapferes, bis aufs letzte ausgepländertes Volk kämpft einen übermenschlichen, heroischen Kampf um seine Ehre, seine Freiheit und seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Diese junge „Deutschland“, die jetzt auf dem Meere schwimmt, bedeutet für die Deutschen aller Gauen, aller Parteien, aller Richtungen und Fraktionen: „Kämpft diesen Kampf um Deutschlands Zukunft!“ Nicht etwa mit Kanonen, über die wir nicht verfügen, wohl aber mit aller Kraft des Geistes und des Charakters. Im diesen jähren Lebenswillen der deutschen Nation auszudrücken, sind die beiden Persönlichkeiten, die an erster Stelle des deutschen Volkes stehen, nach Kiel geeilt.

Reichspräsident v. Hindenburg erwiderte: „Lassen Sie uns in Einigkeit zusammenhalten. Über den Parteien steht das Vaterland, das wir alle nie vergessen!“

Übungsfahrt der deutschen Flotte

W. Kiel, 20. Mai. (Tel.) Während der Kreuzer „Königsberg“ mit dem Reichspräsidenten an Bord noch in der Strandparade lag, hatte die deutsche Flotte, die mit der Flaggenparade bis zur Abfahrt des Reichspräsidenten die Stopp-Plage gekostet hat, bereits in den frühen Morgenstunden den Hafen verlassen und sich zu Übungen in die Kieler Bucht begeben. Später lief auch der Kreuzer „Königsberg“ aus. In Begleitung des Reichswehrministers und des Chefs der Marineleitung verfolgt der Reichspräsident die Fahrübungen der Flotte, die sich bei Kiel-Feuerschiff versammelt hatte. Den Abschluß der Übungen wird eine Flottenparade vor dem Reichspräsidenten bilden.

Neue Fassung der Steuererlasse

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine Vollsitzung ab, in der einige Steuererlasse erledigt wurden, die sämtlich auf Vorschreiben der Notverordnung vom Dezember beruhen. Zunächst handelt es sich um neue Fassungen der Reichsabgabenordnung, des Reichsbewertungsgesetzes und des Vermögenssteuergesetzes. Materielle Änderungen enthält die neue Fassung nicht, da es sich lediglich darum handelt, den klaren Wortlaut der verschiedenen Gesetze, die in den letzten Jahren durch zahlreiche Novellen und Verordnungen geändert worden sind, neu zu verfassen. Gegen die Stimmen Bayerns stimmte der Reichsrat der Neufassung zu. Die Ablehnung Bayerns begründet, daß die Rechtsgrundlagen der neuen Fassung vor dem Staatsgerichtshof abgewartet werden müsse. Ebenso stimmte der Reichsrat einer Neufassung des Kapitalverkehrssteuergesetzes zu.

Die Reichssteuereinnahmen im April ergaben eine Gesamteinnahme von 883,4 Mill. Reichsmark, aber eine Mindereinnahme von 169,7 Mill. Reichsmark gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Diese Unterschiede beruhen zum Teil auf Änderungen der Gesetzgebung, zum Teil auf der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Insbesondere ist in dem Aufkommen des Vorjahres eine einmalige Zahlung aus dem Vermögen der Bank für deutsche Industriebeteiligungen von 70 Mill. Reichsmark enthalten, die in dem Aufkommen des Monats April 1931 fehlt.

Der neue Oldenburgische Landtag wurde zum 10. Juni einberufen.

gewählt werden dürfen, die sich den ungemein rasch wechselnden Bildern seiner aus 31 Nummern bestehenden Tanzserie voll beruhender Pracht und oftmals höchstem Stimmungsgaube so wenig anpaßte. Ganz bestimmt hatte diese in streng puritanischem Schwarzweiß gehaltene Aufführung am badischen Landestheater einige Vorzüge, aber sie war doch mehr diskret als fantasiehaft und schädete dadurch dem allein lebendigen Teil an der Sache, eben der jedem gewollten Eingriff gegenüber so sehr empfindlichen Musik. Gluck hat ja schließlich seine Musikstücke am laufenden Band geschrieben, und er hat keinen Don Juan auch keineswegs schon durch die Werke Mozarts gesehen, wie es die neue Videinteilung uns evident zu machen sucht und deshalb in ihrem Mittel- und Schlußakt ein bißchen langweilt.

Indessen: Trotz dieser Einwände, die weniger einen Widerspruch zwischen dem Barock der ursprünglichen Fassung und dem nahverwandten Geist der Gluckischen Musik feststellen haben, sondern vielmehr die innere und äußere Nachkonstruktion betreffen, weil sie den Fall — der musizierfreudige Komponist dürfte nämlich das Werklein für irgendeinen festlichen Anlaß, vielleicht sogar direkt auf kaiserlichen Befehl hin niedergeschrieben haben — viel zu ernst und tragisch aufsieht, ist es Anton Rudolph immerhin gelungen, den Darstellern dankbare Aufgaben zu stellen. Ja, gerade dieser Don Juan selbst mühte eigentlich die allerersten Tänzer ebenso wie der Komturb, aber auch der Catalinon (alias Reporello) nach Bestbefehung verlangt. Hier standen in Harald Josef Fürstenau, in Friedrich Krüter und Emil Michutta Kräfte zur Verfügung, die ihr Möglichstes taten. Sie fanden treffliche Unterstützung durch Emma Radner (Donna Elvira) und Viktor Holpach (Marquis da Mota), und somit das übrige Tangenemble mitwirkte, kann man auch darüber von einer befriedigenden Gesamtleistung im Rahmen des Erreichbaren berichten. Generalmusikdirektor Josef Krips, der musikalische Leiter der Aufführung, aber auch Harald Josef Fürstenau, der zugleich Regie führte, sowie Anton Rudolph, der Bearbeiter, wurden schließlich lebhaft gefeiert. S. Sch.

Die Alemannische Woche in Freiburg

Die Alemannische Woche in Freiburg fand am Sonntag ihren Anfang durch ein von 6000 Personen besuchtes, großangelegtes Turn- und Sportfest im Universitätsstadion, an dem sich alle dem Freiburger Ausschuss für Leibesübungen und Jugendpflege angeschlossenen Vereine beteiligten. Der Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung der Adlerplakette des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen an Geheimrat Universitätsprofessor Dr. A. Schöff. Die Übergabe erfolgte durch Ob.-Regierungsrat Brokmer-Karlsruhe, der die Verdienste des Geheimrats Schöff lobend hervorhob und besonders betonte, daß der Reichsausschuss die Verleihung der Plakette einstimmig beschlossen habe.

Hans Gluckstein †. Der pfälzische Heimatdichter Hans Gluckstein ist im Städtischen Krankenhaus in Ludwigshafen gestorben. Er hat ein Alter von nur 42 Jahren erreicht.

Badischer Teil

Das Haushaltsgesetz im Landtag

(42. Sitzung)

D.3. Karlsruhe, 19. Mai 1931.

Der Beginn der Nachmittags-Sitzung erleidet wegen der Beratungen im Vertrauensmänner- und Haushaltsausschuss eine erhebliche Verzögerung.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) berichtet zunächst über die Erledigung der Änderungsanträge im Ausschuss. Es wird dem Plenum die Neuformulierung einiger Bestimmungen

der neuen Staatshaushaltsordnung

vorgelegt. Darin finden zum Teil Wünsche der Deutschen Volkspartei Berücksichtigung. Die nochmalige Abstimmung über das ganze Gesetz brachte im Ausschuss die Annahme mit 14 gegen 1 Stimme bei 2 Enthaltungen.

Aussprache.

Darauf eröffnet der volksparteiliche Abg. Dr. Mattes die Aussprache. Der Kernpunkt der Reform, so führt er aus, sei, dem unbeschränkten Ausgaberecht des Parlaments gewisse Schranken für neue Ausgaben zu setzen. Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts kennzeichnete sich durch eine außerordentliche Ausgabefreudigkeit des Parlaments und innerhalb der Verwaltung. Der Redner bereitet sich dann über die Struktur des Etats, das Widerspruchs- und Kürzungsrecht des Finanzministers usw. Im Interesse der Klarheit sollte das Finanzgesetz ergänzt werden durch einen Normal-Haushaltsplan, Erforderlich sei die strenge Scheidung der persönlichen und sachlichen Ausgaben. Von der gegenseitigen Deduktionsfähigkeit der Ausgaben sollte nur der beschränkte Gebrauch gemacht werden. Diese im alten Etatrecht nicht gefasste Bestimmung sei die größte Gefahr für die sachliche Spezialität des Etats. Bedenken beständen gegen die Befugnis des Finanzgesetzes mit Bestimmungen der Geltungsdauer, die über den Haushaltszeitraum hinausgehe. Den größten Schönheitsfehler des Gesetzes sieht der Redner in der Existenz des Wirtschaftsfonds, den man hätte aufheben sollen. Er bedauert, daß man den Wünschen seiner Fraktion nicht in allen Punkten gefolgt sei. Im ganzen gesehen, betrachtet Abg. Dr. Mattes das Gesetz als eine sehr gute Zusammenfassung dessen, was die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts und die Erfordernisse der Zeit verlangen. Man dürfe hoffen, es wieder für ein halbes Jahrhundert als Grundlage der Verwaltung zu sehen.

Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, in der seitens der Opposition Beschwerde geführt wird über das Tempo, mit dem man dieses Gesetz durchzubringen suche, wird die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

(43. Sitzung)

D.3. Karlsruhe, 20. Mai.

Präsident Duffner eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Es wird sofort in der Beratung der Staatshaushaltsordnung

fortgefahren.

Abg. Egler (Zentr.) dankt dem Berichterstatter namens der Zentrumsfraktion für seinen umfassenden Bericht. Er wendet sich in diesem Zusammenhang gegen den Abg. Dr. Wolfhard, der zu Unrecht bemängelt habe, daß die Berichterstatterung dem Abg. Dr. Baumgartner, dem Präsidenten des Rechnungshofes, übertragen worden sei.

Zum Gesetz selbst bemerkt der Redner, er begrüße die darin festgelegte Deduktionsfähigkeit. Das Gleichgewicht des Etats dürfe kein Scheingleichgewicht sein. Das Zentrum geht mit den Gedankengängen des Gesetzentwerfers völlig einig. Die gegenseitige Deduktionsfähigkeit von Ausgaben soll auch nach Aufhebung des Zentrums nur selten angewendet werden.

Abg. Hofheim (D. Dem. P.) stellt fest, daß seine Fraktion erhebliche Bedenken formaler Natur gegen die Art der Einbringung, Behandlung und Verabschiedung der Vorlage habe. Wenn man in dieser Situation nicht mit der Arbeitsmethode einverstanden sei, so dürfe man mit der Kritik nicht zurückhalten. Dr. Wolfhard habe keineswegs die sachliche Qualifikation des Abg. Dr. Baumgartner als Berichterstatter angezweifelt. Er argumentierte nur in der Richtung, daß sich die Verbindung zwischen Abgeordnetenmandat und der Stellung des Rechnungshofpräsidenten schwierig auswirken kann. Wie schon im Jahre 1923 bei Schaffung des Rechnungshofes werden wir immer bei passender Gelegenheit auf dieses Bedenken hinweisen. Zum Zentrum gewandt: Sie fühlen sich in diesen Dingen in der Macht und müssen uns gefast, daß wir Ihre Machtposition von der Kritikseite aus betrachten. (Zurufe im Zentrum.) Schwere Bedenken äußert der Redner dagegen, daß das Finanzgesetz in immer stärkerem Maße bepackt werde mit gesetzlichen Veränderungen, Umstellungen und sogar Aufhebungen, wodurch nicht nur die Übersicht leide, sondern die sachliche Behandlung weitgehend gefährdet werden könnte. In seiner kritischen Betrachtung bedauert der Redner, daß die Regierung so wenig den Landhändischen Ausschuss einberuere. Der demokratische Redner hofft von der neuen Staatshaushaltsordnung, daß sie die dem nachgefragten Erwartungen erfüllen möge.

Abg. Dr. Schmitthener (D. Natl.) verliest eine Erklärung, derzufolge die Ausführungen des Finanzministers bestätigten, wie richtig seit Jahren die Warnung der Deutschnationalen vor jedem finanziellen Optimismus und von der Annahme einer steigenden Konjunktur gewesen sei. Es wäre besser gewesen, wenn die Regierungsparteien früher auf dieser Erkenntnis gekommen wären. So notwendig der Gesetzentwurf an sich sei, so vermögen die Deutschnationalen ihm nicht zuzustimmen, weil sie zur Regierung nicht das Vertrauen besitzen, daß sie uns aus der finanziellen Not herausführt.

Abg. Rüdert (Sozdem.) teilt seine Rede mit der Bemerkung ein, daß ihn, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, bei der Übertragung der Berichterstatterung an den Abg. Dr. Baumgartner kein anderer Gesichtspunkt bestimmte als der, die Arbeiten zu fördern. Der Berichterstatter löse sich ohnehin automatisch aus dem Parteiram heraus. Für ihn gilt als oberster Grundsatz Objektivität und Sachlichkeit. Der sozialdemokratische Redner geht dann die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwerfers durch, die den vollen Beifall seiner Fraktion finden. Das Finanzgesetz müsse sich den Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen können und darum beweglich sein. Die Rechte des Parlaments seien durch die neue Staatshaushaltsordnung in jeder Weise gewahrt.

Abg. Bod (Komm. P.) — während dessen Rede der größte Teil des Zentrums den Saal verlassen hat — lehnt das Gesetz ab, das er als ein politisches bezeichnet. Es bewege sich in sachlicher Hinsicht, der Landtag werde ausgeschaltet und der Finanzminister zum Finanzdirektor gemacht.

Abg. von Ku (Wirtschp.) ist der Auffassung, daß man bei etwaigen Überschüssen die Frage der Schuldentilgung nicht vor jene der Steuererhöhung stellen sollte. Er stimmt der Vorlage zu, befragt aber, daß die Regierungsparteien der Opposition so wenig Zeit zur Stellungnahme gelassen hätten. Doch sei das Plus für die Vorlage größer als das formale Bedenken. Der § 7a des Gebäudesondersteuergesetzes müsse so bald wie möglich beseitigt werden.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) freut sich über die Offenheit des Finanzministers, der ohne Beschönigung von der Finanzlage gesprochen habe. Auf Steuererhöhung werde man warten können. Die Vorlage bedeute den „Ausverkauf der Demokratie und des Parlamentarismus“.

Abg. Ewald (Ev. Volksd.) erklärt die Zustimmung zum Gesetz.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) polemisiert gegen die Nationalsozialisten, deren Politik zu einem großen Teil mitschuldig sei an der Wirtschaftskrise, da sie das Vertrauen kaputt gemacht habe. (Zustimmung bei der Mehrheit, Zurufe der Nationalsozialisten).

Nach kurzer Erwiderung des Abg. Köhler (Nat.-Soz.) wird die allgemeine Debatte geschlossen.

Berichterstatter Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) geht im Schlußwort auf die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen ein. Die Befugnisse des Landtages und Landständischen Ausschusses würden nicht beeinträchtigt.

Nach dem Schlußwort des Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) als Antragsteller wird zur Abstimmung

geschritten. Das ganze Gesetz findet mit allen gegen 10 Stimmen (Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale) bei 5 Stimmenthaltungen (Demokraten) in erster Lesung Annahme. Der sofortigen zweiten Lesung wird seitens der Opposition widersprochen. Sie kann also erst nach Ablauf der vorgeschriebenen verfassungsmäßigen Frist erfolgen. Damit ist die Absicht, den Landtag noch vor Pfingsten zu verlegen, unmöglich geworden.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung, Donnerstag vorm. 9 Uhr. Der heutige Nachmittag bleibt für die Ausschüsse frei.

Neue Vorlagen

Im Badischen Landtag sind verschiedene Anträge zur Bänderung der Hochwasserbeschädigten eingegangen. Die Regierung hat eine Denkschrift über die Ursachen der Ausgabesteigerung in einer Anzahl Stadt- und Landgemeinden vorgelegt. An Gesuchen ist eingegangen ein solches zur Förderung des Niederwiesens vom Landesvorstand badischer Metervereine und vom Deutschen Bühnenverein zu den Zuschüssen für Theater.

Tagungen

Der 8. Badische Ärztetag fand in Baden-Baden statt. Außer dem Vorsitzenden der Deutschen Ärzteschaft, Vertretern von Ministerien, Sozialversicherungsorganen und Ärzten erschienen der Nachbarstaaten waren etwa 200 badische Ärzte erschienen. Der Vorsitzende Dr. Wampeff, Mannheim, verlangte die Erhaltung der beruflichen Freizügigkeit. Der Vorsitzende der Deutschen Ärzteschaft, Geh. Rat Stauder, Würzburg, wies darauf hin, daß sich die Ärzte zur Sozialversicherung bekennen, daß sie aber eine Reform für notwendig halten, und daß diese auch eine Änderung der Stellung des Arztes in der Sozialversicherung bringen müsse. Die Hauptreferate hielten Prof. Freiherr von Weizsäcker, (Heidelberg) und Privat-Dozent Dr. Eppstein (Mannheim). Ersterer, dessen Thema „Der soziale Faktor in der Medizin“ war, ging davon aus, daß als Krankheit nicht der krankhafte Zustand des Einzelorgans, sondern die aus dem Gesamtzustand einer Persönlichkeit resultierende abnorme Situation anzusehen sei. Der Notwendigkeit schaffe die zu den körperlichen Veränderungen gehörenden neurotischen Reaktionen, er schaffe diese auch ohne jene und lenke zu den sozialen Einrichtungen hin, die Präzision schaffen könnten. Die in den Nachkriegsjahren ins Hintertreffen getretene individuelle Erziehungsbehandlung müsse künftig wieder stärker beachtet werden, da sie dem Einzelnen und der Gesellschaft nützlich sein könne. — Dr. Eppstein, der über „Konjunktur und Krankheit“ sprach, führte aus, nach dem bis jetzt als verwendbar anzusehenden Material könne gesagt werden, daß eine Polyzität, wie die Konjunktur sie besitze, in der Zahl der Krankheiten nicht in Übereinstimmung zu jener stehe.

Die Süddeutschen Konsumvereine tagten in Freiburg. Im Namen der staatlichen Verwaltungsbehörden begrüßte Landrat Wöhler die Versammlung und wies auf die bedeutungsvolle Wirtschaftsorganisation hin, der es vor allem obliege, die breite Bevölkerung mit aus der schweren Wirtschaftskrise herauszubringen. Das erste Referat hielt Fritz Wenter, Heidelberg. Er betonte, daß die Konsumvereine Raum für alle Bedürfnisse bieten und die Genossenschaften immer preisregulierend gewirkt haben. Leider sei der Kampf gegen die Konsumvereinsbewegung immer stärker im Anwachsen. Oberstes Ziel des Verbandes müsse die Sorge um die Wirtschaftlichkeit seiner Betriebe sein. Volksth. Alex. J. Gumburg, sprach über „Wirtschaftsnot und Konsumgenossenschaften“. Im vergangenen Jahr seien die Ergebnisse des Konsumgenossenschaftlichen Wirkens nicht so günstig als in den vorausgegangenen Jahren ausgefallen. Das Tempo des Wachstums der Konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen habe sehr viel von der feierlichen Schnelligkeit eingebüßt. Diese gewaltige Einschränkung sei ein bedenkliches Zeichen der fortschreitenden Verarmung breiter Volksschichten. Die Konsumgenossenschaften würden dafür sorgen, daß das ihnen anvertraute Gut der zusammengekauften Verbraucher möglichst ungeschmälert hinübergerichtet wird in eine bessere Zukunft. — Am Sonntag hielt der sozialistische Professor Rilling (Frankfurt a. M.) einen Vortrag über „Die Durchdringung der Wirtschaft mit politischen Gestaltungsakten“.

Betrügerische Stoffhändler

Eine größere Anzahl angeblich italienischer Stoffhändler durchzieht zur Zeit das Land. Da sie schlecht deutsch sprechen, sind sie meistens in Begleitung eines Deutschen. Sie bieten beim Erscheinen Damenstrümpfe zu 20, 30 und 40 Pf. und Halbstücker zu 30 Pf. an und nehmen Bestellungen auf. Hierauf bieten sie angeblich echte englische Stoffe an, die sie auf der Leipziger Messe erworben haben wollen. Sie geben an, die Stoffe seien 3,20 Meter bis 3,30 Meter lang; in Wirklichkeit sind sie nur 2,80 bis 3,08 Meter lang und reichen oft nicht zu einem Anzug. In Ladengeschäften werden die gleichen Stoffe billiger verkauft. Die bestellten Strümpfe liefern sie nicht; sie verfolgen mit dem Angebot nur den Zweck, Billigkeit ihrer Waren vorzutäuschen, um dann die mitgeführten Anzugstoffe leichter abzugeben. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor diesen Gaukellern.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Mittwochmorgen: Der Aufbruch hat über Europa eine Verteilung angenommen, die wiederum charakteristisch für Kälterückfälle im Frühjahr ist. Im Süden einer von Spitzbergen bis zum Mittelmeer reichenden Tiefdruckrinne dringen über England polare Luftmassen nach Süden vor. Ihr Einbruch wurde bei uns heute in den frühen Morgenstunden durch Regenschauer und stellenweise Gewitter eingeleitet. Voraussichtliche Witterung für 21. Mai: Zunächst noch unbeständig, zeitweise Regenschauer und kühlere, später Besserung. Wasserstände: Waldshut 333, unterändert, Basel 142 minus 2, Schaffhausen 205 minus 1, Reß 340 plus 4, Regau 510 plus 6, Mannheim 427 plus 4, Gaub über 2 Meter.

Sabreuzuglieferungen für die Reichsbahn

Nach dem Bericht der „Kastatter Zeitung“ vom 16. Mai 1931 über die Beratung des Voranschlages der Stadt Kastatt im Bürgerausschuß hat der Herr Oberbürgermeister der Stadt Kastatt auch das Schicksal der dortigen Waggonfabrik berührt und auf die Anstrengungen der Stadtverwaltung und der Waggonfabrik hingewiesen, einen besseren Anteil an der badischen Quote an Sabreuzuglieferungen der Reichsbahn zu erhalten. Er hat dem badischen Finanzministerium dabei den Vorwurf gemacht, daß es bis jetzt nicht den Willen gehabt habe, die Reichsbahn zur Abkehr von ihrer ablehnenden Haltung zu zwingen.

Demgegenüber sind wir zur Erklärung ermächtigt, daß der badische Finanzminister von Anfang an sich der Waggonfabrik Kastatt in dem Bestreben zur Verbesserung ihrer Quote zur Verfügung gestellt hat. In Beantwortung der „Kurzen Anfrage“ des Abg. Kühn und Genossen hat der Finanzminister auf die persönliche Vorstellung des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Kastatt vom 6. Februar d. J. Bezug genommen und die nachdrückliche Unterstützung des Wunsches der Stadt Kastatt zugesichert. Die mit der Reichsbahn eingeleiteten Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Allerdings kann die Regierung eine Frage, an der zwei Unternehmungen im Lande gleichmäßig interessiert sind, nicht lösen, ohne bei der Lösung die gerechte Befriedigung beider Industrien ins Auge zu fassen. Der Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters von Kastatt, der dortigen Waggonfabrik zu ihrem Rechte zu verhelfen, wird vom badischen Finanzministerium nach wie vor tatkräftig unterstützt werden.

Aus der badischen Industrie

Saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes in Mannheim. In Mannheim weisen die Arbeitslosenziffern einen geringen Rückgang auf, der wohl in erster Linie auf eine durch die Jahreszeit bedingte leichte saisonmäßige Belebung des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beträgt 1013. Das Baugewerbe muß allerdings auch hier infolge Auftragsmangels noch immer zu Entlassungen schreiten.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Bruchsal geht zurück. Nach dem Bericht des Arbeitsamtesbezirks Bruchsal für die Zeit vom 1. bis 15. Mai hat die Zahl der Arbeitslosen in der Berichtszeit um 1234 abgenommen. Auch die Zahl der offenen Stellen ist in der Berichtszeit von 701 auf 330 zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ist auf 4242, die der Arbeitslosenunterstützungsempfänger auf 1061 gefallen. Von den 4242 Arbeitslosenunterstützungsempfängern und den Arbeitslosenunterstützungsempfängern beziehen gleichzeitig 2158 auch noch Tabakunterstützung. Ferner beziehen weitere 242 nur Tabakunterstützung.

Die Zigarrenindustrie. Die Kreutzer-Zigarrenwerke in Wiesloch, die im Laufe des verfloffenen Monats über 700 Arbeiter eingestellt haben, wollen ihre Beschäftigung bis Mitte Juni auf 1000 Personen erhöhen. Die Auftragserteilung soll gut sein und der Betrieb auf Monate hinaus voll aufrechterhalten werden können.

Dienststrafverfahren gegen Pfarrer Eckert

In dem Dienststrafverfahren gegen Pfarrer Eckert ist die Voruntersuchung abgeschlossen und der Anklagebericht hat eine ausführliche Anlagenschrift dem Oberkirchenrat vorgelegt, der daraufhin die Sache dem Dienstgericht zur Entscheidung überwiesen hat. Die Prozeduren sind nunmehr dem Vorsitzenden des Dienstgerichts zugegangen, und es ist anzunehmen, daß in der ersten Hälfte des Monats Juni die mündliche Verhandlung vor dem Gericht stattfinden wird.

Gemeinderatswahl

Bürgermeisterwahl. In Grünwettersbach bei Durlach wurde der bisherige Bürgermeister Josef Lehmann mit sehr großer Mehrheit wiedergewählt. Er erhielt 535 Stimmen, während die beiden Gegenkandidaten 24 Stimmen erhielten. — In Oberbrunn (Amt Bühl) wurde Herr Lorenz Jeger, der während seiner jetzt abgelaufenen Amtszeit von 9 Jahren immer bestens für das Wohl der Gemeinde gesorgt hat, einstimmig wieder zum Bürgermeister gewählt.

Der Heidelberger Voranschlag. Beim Landeskommissar in Mannheim fand eine Besprechung mit dem Heidelberger Oberbürgermeister über den bisher vom Stadtrat Heidelberg abgelehnten Voranschlag statt. Wie verlautet, wird der Oberbürgermeister den Voranschlag mit einigen Änderungen noch einmal vor den Stadtrat bringen. Erst wenn dieser Voranschlag wiederum abgelehnt wird, wird der Landeskommissar den Voranschlag zwangsweise festsetzen. Wie man weiter hört, soll es der Oberbürgermeister doch ermöglichen haben, durch weitere Streichungen an anderen Stellen das städtische Defizit zu erhalten.

Stiftungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche. Nach einer Mitteilung des Karlsruher Arbeitsamtes werden augenblicklich 600 männliche und 200 weibliche erwerbslose Jugendliche in Kurzen beschäftigt, die vom Arbeitsamt unmittelbar eingerichtet und durchgeführt worden sind. Zweck dieser Kurse ist es, nicht nur den Gedanken der beruflichen Fortbildung zu fördern, sondern auch den Arbeitsmarkt zu entlasten und die durch die Arbeitslosigkeit für die Jugendlichen entstehenden Gefahren zu bannen. Augensichtlich bestehen 38 Kurse, und zwar für alle Berufsgruppen: Mechaniker, Dreher, Schlosser, Schmiede, Schreiner, Maler- und Bauhandwerker, Flechter, Schneider, Friseur und für ungelernete Jugendliche. An der Durchführung der Kurse sind neben dem Arbeitsamt eine Reihe gemeinnütziger Wohlfahrtsorganisationen beteiligt.

Der Bürgerausschuß Trüben trat am Montag zur Beratung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1931/32 zusammen. Gleichzeitig stand auch zur Beschlussfassung die Einführung einer Bürgersteuer mit 100 Prozent Zuschlag und die Genehmigung einer 50prozentigen Erhöhung der bereits bestehenden Biersteuer, beides Vorlagen, die in Zusammenhang mit der Gestaltung des Haushaltes stehen, und auch in der Beratung zusammen behandelt wurden. Nach einer Beratung von insgesamt dreieinhalb Stunden wurden sowohl der Voranschlag wie auch Bürgersteuer und Biersteuer mit 36 Stimmen gegen 32 Stimmen der Links- und Rechtsparteien angenommen.

Der Gemeindevoranschlag 1931 in St. Georgen ergibt einen Nettobetrag von rund 122 700 RM. Er soll durch eine Umlage in Höhe von 240 Hundertteilen der Steuergrundbeträge gedeckt werden. Abgelehnt wurde vom Gemeinderat, ähnlich wie in Willingen, die Feuerzuschlagabgabe in die Bürgersteuer einzubauen und nicht mehr gesondert zu erheben. Ferner sollen die Müllabfuhrkosten in ganzer Höhe umgelegt werden.

Aus der Landeshauptstadt Pfingstverkehr

Wie alljährlich, hat die Reichsbahn zur Bewältigung des Pfingstverkehrs umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Zu einer Reihe von Zügen, die erfahrungsgemäß stark benützt werden, sind Ergänzungszüge als Vor- oder Nachzüge vorgezogen. Diese Züge werden den Reisenden durch entsprechende Beschilderung als Vorzug (Vz) oder Nachzug (Nz) kenntlich gemacht. Planmäßige Züge, zu denen Ergänzungszüge nicht vorgezogen sind, werden bei Bedarf bis zur Höchstgrenze ausgelastet. Das Personal auf den Bahnhöfen und in den Zügen wird verstärkt. Durch verstärkte Bedienung der Schalter wird für eine flotte und schnelle Fahrtartenausgabe Sorge getragen. Im übrigen können Fahrkarten auch an Tagen vor Antritt der Reise gelöst werden, denn sie gelten allgemein vier Tage, einschließlich des Lösungstages.

Zwecks schneller Abfertigung der Züge auf den Bahnhöfen hat das Bahnpersonal das Zugbegleitpersonal beim Öffnen und Schließen der Wagentüren zu unterstützen; nötigenfalls wird auch außer Dienst fahrendes Zugbegleitpersonal zur Mithilfe herangezogen. Die Bahnhöfe am Orte der Betriebsämter sind ermächtigt, nicht erforderliche Ergänzungszüge des Nahverkehrs ausfallen zu lassen und in dringenden Fällen weitere Ergänzungszüge einzulegen.

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe sind für die Zeit vom 21. bis 27. Mai insgesamt etwa 250 Ergänzungszüge vorgezogen. Es handelt sich hierbei an den Tagen vor und nach den Feiertagen hauptsächlich um Ergänzungszüge zu Schnell- und Eilzügen zur Bewältigung des Fernverkehrs, am Pfingstmontag und an den eigentlichen Feiertagen in der Hauptsache um Ergänzungszüge zu Personenzügen zur Bewältigung des Nahverkehrs.

Katastrophales Erdbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins des Großdeutschen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten heute früh ein außerstarkes Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen erreichten 3.27.40 Uhr, die zweiten 3.31.15 Uhr die Station. Der Beginn der langen Welle fiel auf 3.34 Uhr. Die Aufzeichnungen über die Maximalbewegung waren von einer solchen Stärke, daß die Registrierungen an den einen Komponenten zeitweise aussetzten. Gegen 5 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Epizentralentfernung beträgt etwa 200 Kilometer. Nach den Aufzeichnungen hat das Beben einen katastrophalen Charakter. Sein Herd ist noch vorläufiger Berechnung in Kleinasien oder auf der Halbinsel Krim zu suchen.

Pfingsten in der badischen Landeshauptstadt. Die seit Mitte Mai herrschende sommerliche Witterung in Verbindung mit dem einsetzenden Reiseverkehr läßt für die Pfingstfeiertage stärkeren Besuch in der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe erwarten. Sehr frühzeitig hat in diesem Jahre das Badische im neuzeitlichen Rheinstrandbad in Rappenswörth seinen Anfang genommen. Während der bevorstehenden Feiertage wird auf den Sportplätzen in Rappenswörth das Vierte Ringtennisturnier um die Karlsruher Meisterschaft (23.—25. Mai) ausgetragen. — Über Pfingsten finden ferner folgende Tagungen in Karlsruhe statt: Vom 23. bis 26. Mai die Hauptversammlung des Reichsvereins ausländischer Zahnärzte, vom 24. bis 25. Mai die Landestagung der Vereine kath. Kaufm. Gehilfen und Beamtinnen. — Im Badischen Landestheater werden am Pfingstsonntag „Die Meisterfinger“ und „Meine Frau das Fräulein“ (im Konzerthaus), am Pfingstmontagnamstag „Der Hauptmann von Köpenick“ und abends „Victoria und ihr Gajar“ aufgeführt.

Verfahren wegen der Karlsruher Rathausklage. Die Prügel im Bürgeraal des Karlsruher Rathauses während der Voranschlagsberatungen wird nicht nur ein strafrechtliches Verfahren wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und gemeinschaftlicher Körperverletzung zur Folge haben, sondern auch ein zivilgerichtliches Verfahren, da die Täter, soweit sie namentlich festgestellt werden konnten, für den entstandenen Schaden in Höhe von etwa 2000 RM. haftbar gemacht werden.

Der dritte Posträuber festgenommen. Der dritte Täter des Raubüberfalls in Mannheim auf einen Postbriefträger ist jetzt ebenfalls verhaftet worden. Der verhaftete Erich Casper ist in Zutphen (Holland) festgenommen worden. Seine Auslieferung nach Deutschland zwecks Aburteilung wird beantragt.

Badisches Landestheater. Das Schauspiel „Vorunterjagung“ von Max Alsberg (dem hervorragenden Berliner Rechtsanwalt) und Otto Ernst Hesse kommt, wie schon angezeigt, am Donnerstag, dem 21. Mai, von Ulrich von der Trend inszeniert, zur hiesigen Erstaufführung. Um was es sich in dem Stück, das in Berlin bereits über hundertmal wiederholt werden konnte, handelt, ist in seinem Titel schon deutlich genug ausgesprochen; sein Thema greift mitten hinein in den Komplex der Tagesfragen, deren eine der aktuellsten zweifellos auch die der zeitgemäßen Reform des Strafprozeßverfahrens, hier speziell der Voruntersuchungsmethoden, ist. — Das spannende Werk gelangt durch die Damen Vertram, Brandenborfer, Genter, Mademacher, Schreiner, und die Herren Brand, Höder, Just, Kneble, Ruther, Müller, Krüger, Schulze u. a. zur Darstellung.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	20. Mai		19. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.43	168.77
Kopenhagen 100 Kr.	112.29	112.51	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.402	20.442	20.391	20.431
New-York . . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.1940	4.2020
Paris . . . 100 Fr.	16.399	16.439	16.407	16.447
Schweiz . . . 100 Fr.	80.865	81.026	80.83	80.99
Wien 100 Schilling	58.925	59.045	58.95	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.423	12.443

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 11. bis 16. Mai 1931 auf 83,5 gegenüber 86,5 in der Vormwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 76,7 (80,4), Gruppe verarbeitende Industrie auf 74,1 (77,0) und Gruppe Handel und Verkehr auf 105,9 (108,3).

Von der Mannheimer Beamtenbank. Montag abend fand im Kaufmannsheim in Mannheim die Schlussgeneralversammlung der Mannheimer Beamtenbank in Liquidation statt. Das Referat hielt Dr. Fluck, Mannheim, der in seinen Darlegungen die wirtschaftliche Seite der Auflösung beleuchtete. Für die ganze Abwicklung seien rund 83 500 RM. Kosten entfallen. Bisher sind 50 Proz. an die Vergleichsgläubiger verteilt worden. In den nächsten Tagen werden nochmals 6 1/2 Proz. ausgeschüttet werden, so daß die gesamte Ausschüttung 56 1/2 Prozent erreicht. Dies ist um 6 1/2 Prozent mehr, als seinerzeit bei Eröffnung der Liquidation den Gläubigern in Aussicht gestellt worden ist. Die Versammlung erteilte Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung.

Die Süddeutschen Baumwollindustriellen in Heidelberg. Der Verein süddeutscher Baumwollindustrieller hielt in Heidelberg seine ordentliche Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat O. Lindenmeyer, Augsburg, verbreitete sich in einem längeren Vortrage über die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Verhältnisse in der Baumwollindustrie. Er führte eine der Hauptursachen der gemäßigten Arbeitslosigkeit auf die Überlastung der Industrie zurück, die diese infolge der zu hohen Herstellungslosten zu tragen habe. So, wie die Dinge liegen, könne auf eine auch nur halbwegs befriedigende Unterbringung des enormen Arbeitslosenheeres in der Industrie leider nicht mehr gerechnet werden. Die einzige Hoffnung setzt der Redner auf eine intensive Bearbeitung des deutschen landwirtschaftlichen Bodens zwecks Hebung der heimischen Produktion. Die Industrie beläme dann für ihren fehlenden Export einen Ersatz in den neuen Abnehmern der Landwirtschaft. Der Redner bezweifelt nach einem Hinweis auf die gegenwärtigen internationalen Marktverhältnisse den Erfolg einer europäischen Zollunion, solange wir nicht gleichgelagerte Wirtschafts- und Lebensbedingungen in allen beteiligten Ländern haben. Jedenfalls bedürfte die Baumwollindustrie Deutschlands heute dringend eines höheren Zollschutzes.

Generalversammlung der B33. Die am Dienstag am Sitze der Bank in Basel unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verwaltungsrates, Max Garraz, abgehaltene erste Generalversammlung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich nahm ohne jede Erörterung den Geschäftsbericht für das erste 10½ Monate umfassende Geschäftsjahr entgegen und stimmte dem Vorschlage auf Verteilung von 6 Proz. Dividende aus einem Reingewinn von 11,2 Millionen Franken zu. An der Generalversammlung nahmen die Präsidenten bzw. ihre Vertreter von Notenbanken aus 24 europäischen und außereuropäischen Ländern teil. Deutschland war u. a. vertreten durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, Geh. Finanzrat Dr. Bode, Generaldirektor Reusch und Bankier Dr. Melchior.

Kurze Nachrichten aus Baden

Pfingsttreffen der badischen Segelflieger. D3. Mannheim, 20. Mai. Über Pfingsten treffen sich die Segelfliegergruppen aller badischen Luftfahrvereine, um einen engeren Zusammenschluß in einem Landesverband herbeizuführen. Die Führung hat der Badisch-Pfälzische Luftfahrverein Mannheim, zusammen mit den Vereinen für Luftfahrt in Freiburg und Donaueschingen-Neustadt übernommen. Als Tagungsort ist der Feldberg bei Heidelberg gewählt, zumal sich dort ausgezeichnete Gleit- und Segelflug-

möglichkeiten ergeben. Bei Eignung des Geländes soll dort der badische Segelflugplatz für alle Training- und Rekordflugmöglichkeiten festgestellt werden. Zu der Tagung stellt der Badisch-Pfälzische Luftfahrverein durch seine Ortsgruppe Heidelberg je eine Segelflug- und eine Gleitflugmaschine mit genügend ausgebildeten Piloten zur Verfügung.

Schwerer Sturm auf dem Bodensee

20. Konstanz, 20. Mai. Von einem schweren Sturm wurde der Bodensee am Sonntag heimgesucht. Der badische Dampfer „Stadt Konstanz“ konnte infolge der außerordentlichen Heftigkeit des Sturmes nicht mehr anlegen. Er mußte direkt nach Lindau und von dort ohne Bedienung von Hochau nach Bregenz durchfahren. Auch dem österreichischen Dampfer „Stuben“ war ein Anlegen zwischen Lindau und Friedrichshafen unmöglich. Die Stärke des Sturmes war derartig, daß die Brandung der Wellen nicht nur den vorderen zweiten Schiffsplatz gänzlich mit Sturzwellen, sondern sogar das Steuerhaus und darüber hinaus auch das Sonnendeck des ersten Schiffsplatzes übergoß. Während am Vormittag Föhnsturm bei heftigster Fernsicht eine Schattentemperatur bis zu 25 Grad Celsius mit sich gebracht hatte, trat nach einigen Stunden der Kaufe jäh ein Umschwung ein. Es begann ein Weststurm sein Spiel mit den noch vom vormittag erzeugten Wellen. Auch dieser erschwerte die Schifffahrt bedeutend und verursachte bei dem ziemlich regen Ausflugsverkehr teilweise nicht unbedeutende Verzögerungen.

Neue Gesetze. In der Nummer 26 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes wird das Gesetz zur Änderung des Einführungsgebietes zu den Reichsjustizgesetzen, und in Nummer 27 das neue Spartaßengesetz veröffentlicht.

D3. Mannheim, 20. Mai. Die Betriebe des Palastkaffees und der „Libelle“ sind am Dienstag geschlossen worden, da der Pächter angesichts der schlechten Wirtschaftslage keine Möglichkeit sieht, eine Rentabilität zu erzielen. Mit einem auswärtigen Cafetier sollen ausrichtsreiche Verhandlungen schweben.

D3. Heidelberg, 19. Mai. Nach einem Bericht der hiesigen Großmarkthalle sind die Aussichten für die diesjährige Obsterte ansehnlich günstig. Bei Kirchen ist mit einer guten Mittelernte zu rechnen, bei Erdbeeren dürfte es eine Volleernte geben. Auch bei dem übrigen Obst, insbesondere Birnen, Äpfel und Pflaumen, sind die Aussichten günstig.

D3. Heidelberg, 19. Mai. Die Hauptversammlung in der bekannten Angelegenheit der zusammengebrochenen Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft m. b. H., wird wahrscheinlich Ende Juni

oder im Juli stattfinden und mindestens acht Tage dauern. Die Anlage lautet auf Antritte, betrügerischen Bankrott und Betrug.

D3. Heidelberg, 19. Mai. Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Heidelberg verzeichnet nach Müllerslage von 2000 M im Geschäftsjahr 1930 einen Überschuß von 246 000 M. Reverbungs sei die Belastung aber so stark gestiegen, daß für die nächste Zukunft ein nennenswerter Überschuß nicht zu erwarten sein werde.

20. Jhringen (Kaiserstuhl), 20. Mai. In jeder Beziehung, unbeeinträchtigt von nachteiligen Frösten, verlief in diesem Jahre der Zeitabschnitt der Kirchsbaumblüte. Die Hoffnung auf einen üppigen Fruchtansatz hat nicht getrogen; am westlichen Kaiserstuhl verprechen die Kirchsäume einen reichen Ertrag. Wenn tierische oder pflanzliche Schäden dem Kirchsbaum fernbleiben oder doch nicht zu stark auftreten, werden die reifen Kirchen dem Landwirt in den nächsten Wochen die so nötigen Voreinnahmen bringen.

D3. Weitingen (Am Neckar), 19. Mai. Der frühere Zentrumsabgeordnete des Landtages, Bürgermeister Martin von hier, konnte dieser Tage sein 30jähriges Amtsjubiläum als Bürgermeister feiern.

D3. St. Georgen i. Schw., 19. Mai. Heute morgen gegen 6 Uhr entzünd in der Gemeinde Brigach ein Brand, dem wieder ein altes Schwarzwaldbauernhaus zum Opfer gefallen ist. Auf noch ungeläuter Weise brach auf der Bühne des Schweizermischhofes, der dem Landwirt Mathias Hemminger gehört, Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit den großen Hof einäscherte. Der Schaden beläuft sich auf insgesamt 40 000 M. Gerettet werden konnte so gut wie nichts. Der Brandgeschädigte ist nur schwach versichert.

D3. Brenden (A. Waldshut), 20. Mai. In den frühen Morgenstunden des heutigen Tages brach im Anwesen des Landwirts und Försters Otto Jiele Feuer aus, das sich so rasch ausbreitete, daß keine Rettung mehr möglich war. Das gesamte Anwesen, bestehend aus Wohn- und Ökonomiegebäude wurde in Asche gelegt. Die Familie Jiele konnte nur das nackte Leben retten. Mit knapper Not gelang es einigen Vieh in Sicherheit zu bringen. Der Gebäudeschaden allein beträgt 32 000 M.

D3. Albrunn (Waldshut), 20. Mai. Bei den Arbeiten am Kraftwerkbau Dögen-Albrunn ereigneten sich gestern zwei schwere Unfälle. Der Maschinist Alfred Spießinger fiel in eine Betonmaschine und erlitt schwere Rippenverletzungen, so daß er lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus Waldshut verbracht werden mußte. Der Arbeiter Friedr. Schmitt brach den linken Fuß bis zum Knie mehrmals, so daß dieser im Krankenhaus Waldshut abgenommen werden mußte.

als Sie erwarten, wird Ihre Pfingst-Kleidung ausfallen durch Einkauf bei

Preiswerter,
Schöner,
Besser,

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

209

An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Bäckerei- und Konditoreiwarenbestellungen

werden für die Pfingstfeiertage nur bis Freitag abend in unseren Abgabestellen entgegengenommen. Wir bitten, diesen Termin einzuhalten, weil sonst keine Gewähr für pünktliche Lieferung gegeben ist. L.208

Lebensbedürfnisverein

Bekanntmachung
Ausschreibung des Bezirkes IV
Sendele in Heidelberg betr.

Der durch Tod freigewordene Bezirk IV, umfassend die Stadtteile Neuenheim und Handschuhheim, wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind bis 25. Juni 1931 unter Anschluß der in § 2 der B.O. vom 29. November 1921 verlangten Unterlagen beim Bezirksamt Heidelberg einzureichen.

Wir bemerken, daß der Bezirk IV nicht mehr in seinem bisherigen Umfange bestehen bleiben wird, da eine Neueinteilung im Gange ist.

Heidelberg, den 12. Mai 1931. R.456
Bezirksamt II.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. S. G. M. B. H.

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Von den in Baden zugelassenen Rosen der **Mainzer Pferde-Lotterie** wurden am 14. März 1931, folgende Nummern gezogen:

Je 10 M auf Ros.-Nr. 10 488, 24 068, 24 839.
Je 5 M auf Ros.-Nr. 10 718, 11 296, 11 359, 20 189, 24 659, 24 726, 24 753.
Je 2 M auf Ros.-Nr. 10 142, 10 157, 10 282, 10 263, 10 337, 10 380, 10 408, 10 479, 10 496, 10 560, 10 584, 10 609, 10 733, 10 990, 11 078, 11 108, 11 155, 11 305, 11 324, 11 366, 11 421, 11 495, 20 014, 20 114, 20 431, 24 003, 24 131, 24 172, 24 189, 24 201, 24 227, 24 243, 24 298, 24 304, 24 412, 24 429, 24 505, 24 640, 24 685, 24 687, 24 795, 24 874, 24 902, 24 947.

Auszahlung erfolgt durch: L.210
Eberhard Feyer, Karlsruhe (Baden), Kreuzstr. 28.

Wir werben für Sie!

Karlsruhe, R.782
Güterrechtsregistereinträge.
1. Zu Band II Seite 98: Meinger Karl Wilhelm, Rauer, Teufelneureut und Elisabeth geb. Zimmermann. Vertrag vom 1. Mai 1931. Gütertrennung. 13. V. 31.
2. Seite 99: Schuermann Alois, Dentist, Karlsruhe, und Anna geb. Fraumond. Vertrag vom 2. April 1931. Gütertrennung. 15. V. 31.
3. Seite 100: Wolfgang Sigmund, Gastwirt, Karlsruhe und Berta geb. Müllrich. Vertrag vom 31. März 1931. Gütertrennung. 16. V. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.

Durlach R.465.
Güterrechtsregister. Eingetragen am 16. Mai 1931: Müller, Gustav, Viehhändler in Gröchingen und Luise geb. Kraft. Vertrag vom 1. Mai 1931: Gütertrennung.
Amtsgericht.

Erd- und Böschungsarbeiten für die neue Rheinbrückentrampe in Mannheim öffentlich zu vergeben, 36 000 m³ Auftrag ohne oder mit Lieferung der Schüttmassen, 5000 m³ Böschungsfächchen usw. Bedingungen und Pläne einzusehen beim unterzeichneten Amt. Dort Abgabe des Leistungsverzeichnisses unentgeltlich, der besonderen Bedingungen 1.40.26. Einreichung der Angebote hierher bis 9. Juni 1931, 10 Uhr, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Angebot auf Erd- und Böschungsarbeiten Rheinbrückentrampe Mannheim.“ Aufschlagsfrist 3 Wochen. 20. Mai 1931. Reichsbahn-Neubauamt Heidelberg. R.461

Badisches Landestheater

Donnerstag, 21. Mai 1931
*D 27 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 301-400
Zum erstenmal
Voruntersuchung
Schauspiel von Max Alsberg und Otto Ernst Besse
Regie: v. b. Trend
Mitwirkende:
Vertram, Frauendorfer, Greter, Kademacher, Schreiner, Brand, Graf, Föder, Just, O. Kienker, S. Kienker, Moebbe, Ruhne, Luther, Müller, Prüter, Schulze, Seibert
Anfang 19^h, Ende 22^h
Preise A (0,70-5 M)

Fr. 22. 5. Julius Cäsar. Sa. 23. 5. Der Hauptmann von Köpenick. So. 24. 5. Die Reiterfinger von Nürnberg. Im Konzerthaus: Keine Frau, das Fräulein. Mo. 26. 5. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Abends: Viktoria und ihr Husar. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Öffentliche Sparkasse Redarbischofsheim

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		Passiva	
	M		M
1. Kassenbestand	7 762,83	1. Spareinlagen	1 265 107,96
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassent	95 671,40	2. Giroeinlagen	24 219,77
3. Wechsel	600,-	3. Reservefonds	59 889,11
4. Darlehen auf Hypotheken	572 982,45	Stand 31. 12. 1929	28 339,87
5. Kaufschillingforderungen	5 200,-	Reingewinn per 1930	28 339,87
6. Lombarddarlehen	1 900,-		
7. Darlehen an Gemeinden	324 877,90		
8. Darlehen auf Schuldschein	151 965,64		
9. Forderung an die Aufwertungsmaße (an die Mitsparer wurden 174 381,36 M mehr rückbezahlt, als von den Aufwertungsmaßneen eingingen)	174 381,36		
10. Einzahlerrückstände	32 265,13		
11. Grundstücke u. Gebäude, Bilanzwert	10 000,-		
	1 377 606,71		1 377 606,71
Forderungen der Aufwertungsmaße (darunter Wertpapiere zum Börsenpreis von 79 719,- M)	226 653,46	Schulden der Aufwertungsmaße:	
	1 604 260,17	a) an die Mitsparer restlich	52 272,10
		b) an die obdientliche Jahresrechnung	174 381,36
			1 604 260,17

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 289 327,73 M Einlagen = 103 146,16 M
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 88 278,98 M
Somit weniger = 14 867,18 M
Redarbischofsheim, den 1. Mai 1931. R.460
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: H. H. Heim.
Der Geschäftsführer: T. Müller.